

# Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D. 27, Magazinstr. 6/7 II — Fernsprecher: Köpenickerstr. 1076  
Postfachkonto Berlin 5386  
Die Zeitung erscheint jeden Freitag

**Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereinigt alles!**

**Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes**

Einzelnen die dreifachste Monatsgabe 3 Mark, Arbeitsmarkt 1 Mark. Anzeigen, Zug- und Verbandsgelder sind an Herrn Otto Jechms, Berlin D. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten. Bezug nur durch die Post. Preis vierteljährlich 6 Mark und Bestellgeld

**Inhalt:** Dirne (Gedicht). — Aufruf für die Wahl von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten. — Der Wirtschaftskampf der Zukunft. — Höhere Getreidepreise für die Agrarier — Verschärfung des Glens der breiten Volksmassen. — Neue indirekte Steuern? — Die Ueberfremdung des großstädtischen Hausbesitzes. — 40 Millionen für die Technische Nothilfe. — Die Christen und der Achtstundentag bzw. die 46 stündige Arbeitswoche. — Erste Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. — Frauen gibt es... (Gedicht). — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Gesundheitswesen. — Berichte aus Fachreisen. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsteil: Unsere Betriebsrätehochschule.

## Dirne.

Die ihr in Fron der Salten steht,  
Und müd' im Kar'n des Mittags geht,  
Die ihr noch tropet Not und Leid —  
O neidet mir nicht das feine Kleid,  
Die braunen Schuhe, das Seidenband —  
Ich gab die Ehre dafür zum Pfand.  
War noch ein unerfahrenes Ding,  
Da ich ins Reh der Venus ging,  
Weil sie die Liebe in mir erschlug,  
Der entweihte Tempel ihr Zinnen trug.  
Ein irres Graun ist meiner Nächte Gold,  
Auf meiner Schande wächst rotes Gold. —  
Nun weiß ich, wie der perlende Seft  
Und — wie ein brutaler Futtritt schmeckt.  
Im Dienst der Sünde mein Weibsein verdirbt,  
In Seft und Tränen mein Muttertum stirbt.  
Ich lernte wie lieblos man küßt und lacht,  
Ich bin — was man aus mir gemacht.  
Doch ihr, die ihr mich der Sünde zeihet —  
Mir graut vor eurer Seligkeit.  
Rudolf Roddewig.

## Aufruf für die Wahl von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten.

Der am 1. und 2. Februar 1921 in Berlin versammelte Beirat der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (A.D.G.B.) und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa-Bund) fordert die örtlichen Körperschaften der Betriebsräte und der Gewerkschaften Deutschlands auf, die bevorstehenden Wahlen zu den Betriebsvertretungen auf einheitlicher Grundlage durchzuführen. Sämtliche Betriebsvertretungen, welche zur Neuwahl stehen, sollen nach Möglichkeit an einem örtlich zu vereinbarenden Tage im Monat März neu gewählt werden. Die Agitation ist auf Grund der Forderungen der freien Gewerkschaften allenfalls selbst aufzunehmen. Einheitliche Listen der freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten sind in jedem Betriebe von den Gewerkschaftskollegen aufzustellen. Jeder Versuch, in den Reihen freiergewerkschaftlicher Gewerkschaftler nach engen Parteiarupierungen mit getrennten Listen vorzugehen, muß zurückgewiesen werden. Jedes Kompromiß mit Gewerkschaften, die nicht dem A.D.G.B. und dem Afa-Bund angehören, ist im Interesse der Einheit der Bewegung und unserer Kampfkraft gegenüber den Unternehmern unter allen Umständen auszuschließen. Die Betriebsräte der freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten Deutschlands treten ein:

für die Durchführung der Sozialisierung des Kohlenbergbaues gemäß den Forderungen der Spitzenorganisationen und des ersten Reichstages der Betriebsräte Deutschlands, für die Kontrolle der Produktion und die restlose Zusammenfassung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben gemäß

den Beschlüssen des ersten Reichstages der Betriebsräte Deutschlands,

für die Durchführung des vollen Mitbestimmungsrechts in allen Fragen der Wirtschaftsführung, wie sie durch Artikel 165 der Reichsverfassung gewährleistet, aber durch das Betriebsrätegesetz in seiner jetzigen Fassung nicht zugebilligt worden ist, und für die Ueberführung der kapitalistischen Profitwirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft.

Freigewerkschaftliche Arbeiter und Angestellte, Arbeiterräte, Angestelltenräte, Betriebsräte und Gewerkschaftskollegen!

Benutzt die nächsten Wochen dazu, die Kollegen in den Betrieben aufzuklären, sorgt dafür, daß alle Arbeiter und Angestellten, welche ihren Klassenstandpunkt noch nicht erkannt haben, restlos für die freien Gewerkschaften gewonnen werden.

erklärt durch Wahl von freigewerkschaftlichen Betriebsräten euren Willen, die Forderungen der freien Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen zur Durchführung zu bringen,

gegen die kapitalistische Profitwirtschaft, für die sozialistische Gemeinwirtschaft!

Berlin, den 2. Februar 1921.

Der geschäftsführende Ausschuss der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des A.D.G.B. und des Afa-Bundes.  
Der Beirat des geschäftsführenden Ausschusses.

## Der Wirtschaftskampf der Zukunft.

Unter diesem Titel veröffentlichte Richard Woldt vor einigen Wochen einen Artikel, in dem er auf die wirtschaftliche Ertragspolitik Amerikas und deren Folgen hinwies. Er stützte sich dabei auf Mitteilungen der deutschen Handelspresse, nach denen der amerikanische Automobilfabrikant Ford eine Berliner Firma fusioniert hat, um seine amerikanischen Fabrikate nun auch auf den deutschen Inlandsmarkt zu werfen. Und er wies mit Ernst und Nachdruck auf die Wichtigkeit dieser Maßnahme hin. Diese Wichtigkeit sieht er in der Ford'schen Massenproduktion. Und er sagt, Ford habe den Weg beschritten, der auch von der deutschen Industrie gegangen werden müsse: Normaltypen zu konstruieren, diese durch eine großzügige Arbeitsteilung und Normalisierung auf den höchsten Stand der Leistungsfähigkeit hinaufzutreiben und die Fabrikate zu billigsten Preisen herzustellen. Denn, sagt Woldt, es gibt deutsche Firmen, die die Konkurrenz von Ford schon unmittelbar spüren. Die Offerten, die von diesem amerikanischen Konzern abgegeben werden, sind für den Konsumenten viel günstiger, als es deutschen Firmen zu liefern möglich ist. Der amerikanische Rivale schlägt heute schon die Konkurrenz unserer deutschen Spezialfabrikanten. Das amerikanische Industriekapital wird so für unsere deutschen Unternehmungen zu einer Gefahr, und wir werden in Zukunft voraussichtlich unter dieser Konkurrenz noch schwer zu leiden haben.

Worin liegt die Ursache der Sieghaftigkeit des amerikanischen Konkurrenten?, fragt Woldt. Dafür ist Ford ein klassischer Typ. Sein Programm ist auf Normalisierung und Spezialisierung der Fabrikation aufgebaut. Hier zeigt sich der Unterschied zwischen den Methoden, welche die Amerikaner schon lange vor dem Krieg als notwendig erkannt haben gegenüber den deutschen geschäftlichen Umgangsformen. In Amerika hat das System der Normalisierung und Spezialisierung zuerst seine Verwirklichung er-

fahren. Während unsere deutschen Unternehmer vor dem Kriege immer leicht dazu geneigt waren, jedem Konsumenten die Fabrikate nach seinem Geschmack und seinen individuellen Sonderwünschen herzustellen, ist in Amerika der Grundsatz aufgestellt worden, sich in der Herstellung bestimmter Maschinen auf Normalkonstruktionen zu beschränken. Den Käufern wurden einfach Normalmaschinen aufgezungen. Sie hatten keine andere Wahl. Die Typen wurden sorgfältig durchkonstruiert und dann in Massenfabrikation zu einem für unsere Verhältnisse unglaublich billigen Preis auf den Markt geworfen.

Wir gehen in Deutschland für die Zukunft ebenfalls dem Zustand der gesteigerten Massenfabrikation entgegen, wir kommen in einen Amerikanismus hinein. Wir werden ebenfalls lernen müssen, so billig wie möglich zu produzieren, um überhaupt draußen auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu sein. Und deshalb wird auch uns in Deutschland nichts anderes übrig bleiben, als den amerikanischen Grundsatz der Normalisierung und Spezialisierung zur höchsten Vollkommenheit zu entwickeln.

Wir pflichten Woldt völlig bei. Haben wir doch, was die Textilindustrie anlangt — und für diese gilt auch, was für die Gesamtindustrie gilt —, auch schon seit Jahren mehr Normalisierung und Typisierung vorge schlagen, aus Gründen der Arbeitskraftersparnis, Arbeitszeiterparnis, der Vereinfachung der Technik, der Musterung, des Warenverschleißes und der Warenverbilligung. Wir haben so — nicht nur in unserem Blatt, sondern auch bei anderen Gelegenheiten — der Wirtschafts- und Menschenökonomie das Wort geredet, um unseren Textilerzeugnissen die Möglichkeit zu geben, sich auch bei wieder gestiegener Valuta auf dem Weltmarkt zu behaupten, und den Arbeitern, sich die verkürzte Arbeitszeit, die längere Freizeit und eine menschenwürdige Lebenshaltung auch für eine fernere Zukunft zu sichern. Denn wir teilen den Gesichtspunkt Woldts, daß uns noch viel Schlimmeres auf wirtschaftlichem Gebiete bevorsteht und wir alle Veranlassung haben, uns jede Illusion darüber aus den Köpfen zu schlagen, daß die Erwerbskämpfe in Zukunft irgendwie leichter werden könnten. Nein! Der Rhythmus im Erwerbsleben wird sich verschärfen. Wir haben den Krieg nicht nur militärisch verloren, wir haben nicht nur die schwersten Lasten für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft mitzutragen, wir kommen auch in Zukunft auf dem Weltmarkt in einen Wirtschaftskampf hinein, der uns dazu zwingen wird, noch angestrengter zu arbeiten, härter, daß wir die vorhandenen Produktivkräfte, die Menschenkräfte eingeschlossen, vorteilhafter ausnützen, doch so, daß die Arbeiter nicht darunter leiden, sondern dabei gewinnen.

## Höhere Getreidepreise für die Agrarier — Verschärfung des Glens der breiten Volksmassen.

Die Herren von Schlot und Korn verstehen sich untereinander, wenn es gilt, sich auf Kosten der breiten Volksmassen die Taschen zu füllen. Industrie und Landwirtschaft haben bisher große Gewinne erzielt. Millionen und abermalige Millionen sind diesen Herrschaften in den Schoß gefallen; trotzdem sind sie noch keineswegs befriedigt. Die Landwirtschaft ist ihren Ablieferungsverpflichtungen in keiner Weise nachgekommen. Sie hat immer versucht, ihre Pro-

## Unsere Betriebsrätehochschule.

Von Kurt Richter, Leipzig.

IV.

Dann werden wir uns mit der Kraft beschäftigen müssen, die den ganzen Betrieb in Bewegung setzt. Wichtig ist zunächst die Frage: ob eigene oder fremde Kraft. Das zu erkennen ist nicht schwer. Verwenden wir fremde Kraft, dann ist es durchaus zweckmäßig zu wissen, inwieweit die Kraftquelle entfernt ist, unter welchen wirtschaftlichen Gesichtspunkten sie erzeugt wird und ob nicht geeignete, näherliegende Kraftquellen durch Beseitigung von Konkurrenz- und Privatinteressen wirtschaftlicher ausgenutzt werden können.

Wird eigene Kraft zur Bewegung des Betriebes verwendet, dann ist zu erforschen, inwieweit die Kräfte ausgenutzt werden und ob die Möglichkeit der Kraftabgabe an naheliegende Kleinbetriebe besteht. Zu unterscheiden ist, wieviel Kraft für den Betrieb und für die Beleuchtung gebraucht wird. Lohnen werden sich auch die Nachforschungen, welche Erfahrungen im Betrieb mit den einzelnen Kraftmaschinen gemacht worden sind. Die Auffassung mancher Kollegen, wonach der Fabrikant seine Millionen bloß aus Spielerei zur Anschaffung von neuen und zum Beseitigen alter Kraftquellen benutzt, scheint mir sehr irrig zu sein.

Es kostet mitunter langwierige Berechnungen und Heranziehung der besten Techniker, um durch eine Energiebilanz festzustellen, ob sich gerade für diesen Betrieb ein Dieselmotor oder eine Dampfmaschine eignet. Hat der Betriebsrat dafür Verständnis und Verstand, so ist es ein Angelegenheit zur Hand, dann kann er auch bei solchen Fragen sehr schon mitreden.

Zu berücksichtigen ist noch, ob im Betrieb Einzel- oder Gruppenantrieb der Maschinen stattfindet und wieviel Pferdestärken die Kraftquellen zu leisten vermögen. Tüchtige Maschinen und Heizer, welche meistens Fachschulen besucht haben, können, soweit sie selbst nicht im Betriebsrat sitzen, restlos Auskunft geben. Weit schwieriger werden die Nachforschungen nach den Rohstoffen und Halbfabrikaten. Hier gilt es, unbedingt Fühlung mit den Angestellten zu bekommen und die Börsen der Textilindustrie zu studieren. Erweiterung des Allgemeinwissens für Textilien wird die Nachforschung erleichtern. Verbindungen mit Betriebsräten anderer Industrien, Betrieben und Reisenden können dem Zwecke auch dienen. Besser dürfte die Kontrolle der eingehenden und lagernden Bestände an Rohmaterialien sein. Gewissenhafte monatliche Registrierung und Meldung an die beauftragten Stellen verschaffen einen

klaren Ueberblick zum späteren Handeln. Komplizierter wird die Kontrolle, wenn das Urprodukt aus den Lagern zur Verarbeitung an die einzelnen Abteilungen verteilt und in die verschiedensten Faktoren zerlegt wird. Hier wird der Betriebsrat von Großbetrieben im Vorteil sein, wenn er es rechtzeitig verstanden hat, die alte Streitart zwischen Meistern und Arbeitern zu begraben. Aber neben Meistern und Vorarbeitern muß der Betriebsrat auch andere intelligente Arbeitskollegen für die sachgemäße Benützung der anzuwertenden Waren zu gewinnen versuchen. Wir werden dadurch im Laufe der Zeit nicht nur die Herstellung der Waren kontrollieren, sondern auch beurteilen lernen, inwieweit die berechtigten Beschwerden der Arbeiterschaft über schlechtes Material und reparaturbedürftige Maschinen sofort abgestellt werden können.

Eine der wichtigsten Kontrollen besteht nun darin, die im Betrieb gefertigte Ware weiter zu verfolgen. Wir müssen es, gleichviel wie lange das alte System noch besteht, erreichen, über die verzweigten Handelsbeziehungen des Betriebes orientiert zu sein. Es ist dies nicht nur für die zukünftige rationellere Gestaltung der Produktion und des Güterauslaufes notwendig, sondern auch zur gegenwärtigen Verhinderung von Schiebegeschäften. Neben diesen, die Produktionskontrolle betreffenden Fragen bleibt neben den gewerkschaftlichen Aufgaben noch eine Menge anderer Angelegenheiten übrig. So ist es z. B. interessant zu erforschen, welche Bankbeziehungen die Firma unterhält und in welchem Verhältnis der Einfluß der Geldgeber zum Unternehmen steht.

Reichhaltig und „undankbar“ ist die Arbeit. Die zähe und verzweigte Arbeit der Hausagitation und tausenderlei anderer organisatorischer Kleinarbeit können wir endlich vertauschen mit einer neuen Etappe auf dem Wege der Befreiung der Arbeiterklasse. Endlich bleibt den Jellen der künftigen Wirtschaftsform die Zeit, den kapitalistischen Produktionsprozess in seinen letzten, feinsten, aber auch festesten Formen zu fassen und ihn systematisch zu untergraben, umzuwälzen; das ist revolutionär. Dieses bewußte, organisierte, von sozialistischem Geiste getragene, mit dem eifrigsten Verantwortungsgefühl ausgerüstete Belagern der kapitalistischen Zwingburg stellt in uns Betriebsräten das große, erhabene Gefühl, Menschheitsbefreier, Produktionsmitteleroberer, Knechtschaftszertrümmerer zu sein. Diese seelische und moralische Befestigung unseres Innern müssen wir dabei mit pflegen, wenn wir den Kampf bestehen wollen. So wie die kapitalistische Produktion nur durch die alles hervorbringende Kraft des Profits ihre Glanzleistungen vollbringen konnte, so muß auch in uns eine weit höhere, ethische Kraft wohnen, die den Puls der sozialistischen Wirtschaft ertastet. Der Zweck ist die Bedürfnisbefriedigung der Menschheit. Arbeiten wir in diesem Sinne daran, dann können wir der Gesellschaft gerecht werden.

„Die Theorie wird zur Gewalt, wenn Massen sie begreifen.“ Mit diesem Satze möchte ich den Schluß dieses Artikels einleiten.

Die Volkswirtschaft und die Formen der bisherigen Klassenkämpfe schließen den ersten Teil des Kursus ab. Die Lehrer für die Grundlagen der Volkswirtschaft waren ein Bürgerlicher und ein Sozialist. Zur Ehre des bürgerlichen Lehrers sei gesagt, daß er merklich von der Mehrzahl seiner Kollegen abstach. Er hat uns das Wesen und die Begriffe der Volkswirtschaft, sowie den Ueberblick über die Entstehungsgeschichte der Volkswirtschaftslehre ohne jede Kritik vorgetragen. Seine ausgezeichnete Auslegung von Begriffen und seine vorzügliche pädagogische Eigenschaft stellte er nur in den Dienst, uns zu volkswirtschaftlichem Denken zu erziehen. Ohne in eine Hochhymne für diesen Lehrer einzustimmen, soll gesagt sein, daß auch der sozialistische Lehrer mit der Art der Darstellung zufrieden war. Was uns nach unserer sozialistischen Anschauung nicht richtig erschien, das haben wir unumwunden zum Ausdruck gebracht. Es hat harte Reibschäden, von denen die Räume bisher nichts hörten, gegeben; nichts haben wir bisher kritisch entgegengenommen. Oft sind die Lehrer nicht zum Lehren gekommen, da wir gleich am Anfang der Stunde das zu Hause in den gegründeten Arbeitsgemeinschaften besprochene Thema zum Gegenstand des Frage- und Antwortspiels machten.

Gekrönt und abgeschlossen wurde der erste Teil vom Genossen Jensen mit den ökonomischen Lehren von Marx. Hier wurden alle die rot angestrichenen Stellen, die beim Unterricht der bürgerlichen Lehrer entstanden waren, ausgepickt und vom Genossen Jensen kritisch beleuchtet. Die Begriffe über die Produktionsfaktoren: Natur und Arbeit, haben wir uns eingeebnet. Die Lehre vom Kapital und Mehrwert, dieser Schwindel vom Privateigentum, wurde uns in seiner wirklichen Art gezeigt. Groß und Erbitterung über die bewußte Volkswirtschaftsfälschung muß naturgemäß die Folge sein.

Wir sind nicht bürgerlich verwehrt, sondern revolutionärer geworden. Und wir werden uns auch davor hüten, nun bloß mit der Nase im Buch zu stecken; denn da könnte es uns passieren, daß eines schönen Tages das revolutionär puffernde Leben da draußen uns zwischen die Beilen spuckt.

Nein, wir wollen das Gelernte gleich morgen in die Tat umsetzen und durch den Kontakt, den wir täglich mit den Kollegen und Kolleginnen haben, weiterbauen.

Das soll in ganz kurzen Zügen ein aufwaches Lebenszeichen von der Hochschule unseres Verbandes sein.

etwaigen Ausfichten einer Streitigkeit vor dem Schlichtungsausschuss selbst zu unterrichten, und kann bei jeder Postanstalt zum Preise von 6 Mk. für das Vierteljahr bezogen werden.

Es hat schon bisher eine Anzahl von Zeitschriften gegeben, welche sich auf dem gleichen Gebiete erfolgreich betätigt und zu einer wertvollen Belehrung der Organisationsvertreter und sonstiger interessierter Personen beigetragen haben.

Um diesem Mibstand abzuhelfen und um zugleich eine Zeitschrift unter tunlichster Ausschaltung sachlicher und örtlicher Beschränkung zu schaffen, haben sich unlängst die Schlichtungsausschüsse von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen entschlossen, an Stelle des württembergischen Schlichtungsausschusses unter dem erwähnten Namen gemeinsam ein Organ mit großzügigen Zielen herauszugeben, das nunmehr der Öffentlichkeit übergeben worden ist.

Wie uns mitgeteilt wird, können von der Geschäftsstelle der Zeitschrift, Stuttgart, Königsstr. 18, Probenummern der Zeitschrift unentgeltlich bezogen werden.

**Gerichtliches.**

**Rohstoffmangel als Betriebsstörung.**

Der „Frankf. Ztg.“ wurde geschrieben: „Anlässlich einer Schadenersatzforderung hatte die beklagte Firma sich auf eine Klausel berufen, die sie beim Eintritt von Arbeitermangel, Arbeitsausperrung und sonstigen Betriebsstörungen von der Lieferungspflicht entband. Es war deshalb zu entscheiden, ob der Mangel an Rohstoffen mit unter den Begriff der Betriebsstörung zu rechnen ist. Das hat das Reichsgericht in dem Falle aus folgenden Gründen bejaht:

Das Berufungsgericht hat festgestellt, daß schon seit den ersten Monaten 1915 die Baumwollbeschaffung in Deutschland mit außergewöhnlichen Schwierigkeiten verbunden war. Derartige Rohstoffmangel fällt unzweifelhaft unter den Begriff der Betriebsstörung im Sinne der Vertragsklausel. Daß der Begriff der Betriebsstörung nicht ein für allemal feststeht, sondern seine Bedeutung für die einzelne Klausel zu erforschen ist, ist in der Rechtsprechung des Reichsgerichts anerkannt. In der fraglichen Klausel fehlt es an jeder Andeutung, daß unter Betriebsstörungen nur solche verstanden werden sollen, die auf rein technischem Gebiete liegen. Im Gegenteil weist der Umstand, daß Streiks, Feuer, Arbeitermangel und Arbeitsausperrung als Beispiele von Betriebsstörungen angeführt werden, darauf hin, daß jedes Ereignis, das zu einer erheblichen Beeinträchtigung des regelrechten Ganges der Rohstoffverarbeitung geeignet ist, als Betriebsstörung gelten soll. Demnach erscheint es unbedenklich, den Begriff Betriebsstörung auch auf Rohstoffmangel zu erstrecken, der durch Unterbindung der Zufuhr aus dem Auslande hervorgerufen worden ist und sich in einem fast gänzlichen Verschwinden der Ware vom Inlandsmarkte äußert. (I. 170/20. — 20. 11. 20.)“

**Berichte aus Fachreisen.**

**Apotha.** Am 14. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Kollege Graubaum gab den Tod der beiden Kolleginnen Olga Prüfer und Pauline Köhler bekannt. Die Versammlung ehrte das Ableben der beiden durch Erheben von den Plätzen. Die Filiale hat seit 20. November einen Zuwachs an 52 männlichen und 73 weiblichen, insgesamt 130 Mitgliedern, zu verzeichnen. Die Tätigkeit der Filiale war eine sehr umfangreiche und vielgestaltige. Nach den Wahlen wurden noch verschiedene geschäftliche Angelegenheiten erledigt. Unter anderem wurde ein Spruch des Schlichtungsausschusses in Mühlhausen eingehend besprochen.

**Berlin.** Nach dem in unserer Versammlung gegebenen Jahresbericht fanden im verfloffenen Jahre 57 Lohnbewegungen statt, davon 6 mit Streik. 28 Lohnbewegungen kamen vor der Arbeitsgemeinschaft zur Erledigung, 29 ohne diese. 42 Tarife wurden im ganzen abgeschlossen. Die Mitgliederzahl stieg von 9995 auf 10 551. — Nach den Neuwahlen wurde die erweiterte Beiratsitzung vom Dezember besprochen, durch die sich die Berliner Verwaltung und die unbesoldeten Zentralvorstandsmitglieder zu Unrecht angegriffen fühlten. Diesen wurde aber das vollste Vertrauen der Versammlung ausgesprochen und das Vorgehen einzelner besoldeter Zentralvorstandsmitglieder aufs schärfste verurteilt. Entschieden sprach man sich auch gegen die geplante — auf dem Plauener Verbandstage beantragte — Verlegung des Verbandssitzes aus, die dem Verbande nur Kosten verursachen würde; diese Gelder könnten für Kampfwende bessere Verwendung finden.

**Busenbach.** Am 16. Januar fand hier eine öffentliche Textilarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Bürger aus Stuttgart über die Gegenwartsfragen in der Textilindustrie referierte. Mit treffenden Worten hat Kollege Bürger der Zufuhrerschaft nachgewiesen, daß uns Stück um Stück von den Errungenschaften der Revolution entzogen wird und, wenn die Arbeiterschaft nicht geschlossen auf dem Damme sei, uns auch das letzte, der Achtstundentag, genommen werde. Auch für die Kollegen in Busenbach gilt es, das Band innerhalb der Mitarbeiterschaft enger und enger zu knüpfen, damit, wenn die Stunde kommen wird, an der die Unternehmer es wagen, uns das letzte zu nehmen, auch sie gerüstet sind, um am Kampfe in gehörigem Maße teilzunehmen zu können.

**Gröbba.** Zu dem Bericht von hier in Nr. 2 des „Textilarbeiters“ muß ich bemerken, daß es traurig ist, wenn dem „Textilarbeiter“ Artikel eingesandt werden, die von ihren Verfassern nicht verantwortet werden können. Die Angriffe auf mich und den Herrn Direktor Bauer sind völlig unberechtigt. Ich bin Vorsitzender des Betriebsrats und ein altes und ehrliches Mitglied des Textilarbeiterverbandes. Zunächst gehöre ich dem freien Werkmeisterverbande als Mitglied an. Ich muß mich gegen derartige Verleumdungen entschieden verwahren, zugleich auch für sämtliche Meister.

Johann Bayerl,

Vorsitzender des Betriebsrats der Spinnerei Gröbba bei Riesa. (Wir müssen dazu bemerken, daß wir den fraglichen Bericht von der Ortsverwaltung unseres Verbandes in Gröbba erhalten haben. Sollte er den Tatsachen nicht entsprechen, so haben die Betroffenen doch Gelegenheit, sich in der Angelegenheit in einer Filialversammlung auseinandersetzen, da Kollege B. ja, wie er sagt, Mitglied unseres Verbandes ist. Das gilt sowohl für die eine wie für die andere Partei. Wir müssen deshalb in Zukunft die Aufnahme von Streifschritten von beiden Seiten ablehnen. D. Red.) (Wie wir nachträglich erfahren, war die Ortsverwaltung moralisch nicht berechtigt, an dem Verhalten anderer Kritik zu üben und wir bedauern lebhaft, ihr Glauben geschenkt zu haben. Mit dieser Erklärung glauben wir die Angegriffenen genügend zu rechtfertigen und hoffen, daß sie sich damit bescheiden werden. D. Red.)

**Gutsch (Breisgau).** Unsere Generalversammlung war so schwach besucht, daß wir den Kollegen ernstlich ins Gewissen reden müssen, in Zukunft dem Versammlungsbesuch mehr Bedeutung beizulegen. Nach dem üblichen geschäftlichen Teil hielt Kollege Hofka aus Stuttgart einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag, der eine rege Aussprache zeitigte.

**Kassel.** Im hiesigen Filialbezirk fand in den einzelnen Orten in den letzten Wochen die Jahresversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: Das Geschäftsjahr 1920. Hierzu führte Kollege Kolbe unter anderem aus: Das abgelaufene Geschäftsjahr war ein Jahr ununterbrochenen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit. Die privatkapitalistischen Wirtschaftsverhältnisse führten unsere Organisation von einer Lohnbewegung zur anderen. Fünfmal mußten wir zu einer Lohnbewegung schreiten, die alle mit mehr oder weniger Erfolg endeten. Am Anfang des Jahres stand der Lohn in Ortsklasse 1 ohne die branchencharakteristischen Zuschläge für die oberste Männerklasse 175 und für die gleichalterige Frauenklasse 130 Pf.; die Erhöhung beträgt somit 157 bzw. 134 Proz. In der Ortsgruppe 2 betrug er für die gleichen Altersgruppen zu Beginn des Jahres für Männer 160 und für Frauen 120 Pf. und am Ende des Jahres 430 bzw. 290 Pf., somit eine Jahressteigerung von 169 bzw. 141 Proz. Das Gesamtjahreseinkommen für die Beschäftigten in der obersten Lohnklasse erhöhte sich um rund 3500 Mk. Trotz dieser Erhöhung ist der Lohn der obersten Verdienstgruppe kaum neunmal höher als vor dem Kriege, im Jahre 1914. Außer der Lohnerhöhung wurde in einem Betriebe die Arbeitszeit von 48 auf 46 Stunden pro Woche gekürzt. Alle diese Erfolge wurden ohne Arbeitsniederlegung erzielt. Nur von zwei Betrieben mußten die Kollegen aus anderen Gründen vom Streikrecht für einige Tage Gebrauch machen. Alle Kämpfe im Jahre 1920 waren Stellungskämpfe. Sie mußten geführt werden, um Verschlechterungen für die Lebenshaltung abzuwehren. Der Jahreswechsel führt deshalb die Textilarbeiterschaft von einem Kampf zum anderen. — Kollege Diegel schilderte die Gestaltung der Klassenverhältnisse und stellte fest, daß diese viel besser sein könnten, wenn alle Kollegen und Kolleginnen entsprechend ihren Löhnen die vorgeschriebenen Beiträge zahlten. Die Verwaltung wird in Zukunft gegen jede ungenügende Beitragsleistung entsprechende Maßnahmen treffen. — Nach der Aussprache wurde die Neuwahl der Ortsverwaltung getätigt.

**Münchberg.** Am 16. Januar fand unsere Jahresversammlung statt; sie war sehr gut besucht. Kollege Goller-Münchberg ist, wie mitgeteilt wurde, zum Geschäftsführer gewählt. In dem Jahresbericht erstattete der Vorsitzende Taubald, den Kassenbericht Kollege Therauf und den Bericht der Revisoren Kollege Bauer. Man kann sagen, daß im verfloffenen Jahre ein äußerst reges gewerkschaftliches Leben sich abgewickelt hat. Die oberfränkischen Textilarbeiter, die solange die Parias der Textilarbeiter Deutschlands waren, sind endlich aus ihrer Reserve herausgetreten. Mögen sie nur immer weiter vorwärts schreiten in Eintracht und Geschlossenheit, und mithelfen an der Wegbereitung zum großen Ziel: Der Befreiung der arbeitenden Klassen aus den Fesseln des Kapitals.

**Nürtingen.** Am 21. Januar fand unsere jährliche Generalversammlung bei gutem Besuch statt. Der Kassenbericht zeigt eine erfreuliche Zunahme der Lokalkasse. Die Neuwahlen gingen rasch vonstatten. Der seitherigen Ortsverwaltung wurde das Vertrauen ausgesprochen und sie wiedergewählt. Hilfsleiter Bürger schilderte in seinem Referat über „Rückblick auf das verfloffene Jahr“ unsere Arbeit und unsere Erfolge im verfloffenen Jahr.

**Oederan.** Unsere Filiale hielt am 14. Januar ihre Generalversammlung ab. Nachdem man Legionsgedächtnis, referierte Genosse Bruchardt über die politische Lage und die Gewerkschaften. Die Entwicklung zeige klar, daß nur der Sozialismus die neue Weltordnung sein könne. Der Kassen- und Geschäftsbericht des Kollegen Weiß ergab ein ziemlich gutes Arbeitsverhältnis zum 31. Januar gekündigt. Wir machen die Betriebsleitung auf ihre ungeschickliche Handlungsweise aufmerksam und werden alle Mittel in Anwendung bringen, um zu verhindern, daß 1800 Arbeiter ohne weiteres auf das Straßpflaster gemorren werden und der Erwerbstosenfürsorge zur Last fallen. Die Bekanntmachung ist dann zurückgenommen und die Arbeitszeit ab 31. Januar 1921 auf drei Tage verringert worden. Vor den Feiertagen hätten die Kollegen und Kolleginnen 14 bis 16 Stunden arbeiten sollen, um die diesen Aufträge zu erledigen. Darum müssen wir in Zukunft sehr vorsichtig sein bei Verlängerung der gesetzlichen Arbeitszeit.

**Riesa.** Der Kassierer Willi Wächter, Gröbba b. Riesa, Waffstr. 9, ist auf Grund von Unterschlagungen und Urkundenfälschungen einmündig aus dem Verband ausgeschlossen worden.

**Spremsberg.** Unsere am 16. Januar abgehaltene Generalversammlung hatte einen sehr starken Besuch aufzuweisen. Kollege Penczynski berichtete über die im Kartell geleistete Arbeit. Die Errichtung eines Arbeitersekretariats sei für die Arbeiterschaft eine Notwendigkeit. Das sei aber ohne eine wesentliche Erhöhung der Kartellbeiträge nicht durchführbar. Auch sei an den Magistrat und Kreisaußschuß um Bewilligung eines Zuschusses herangegangen worden. Ohne einen solchen Zuschuß könne ein Arbeitersekretär nicht angestellt werden. — Die Abrechnung vom 4. Quartal 1920 gab der Kassierer, Kollege Diegel. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Hartmann. Die Vorstandsarbeiten gingen flott vonstatten, auch die übrigen Wahlen. Der Erhöhung der Lokalkasse auf 50 Pf. wurde nach kurzer Debatte zugestimmt. Ferner nahm die Versammlung auf Veranlassung des Kartells Stellung zur Unterstützung der Revolutionsopfer.

**Wilsbiburg.** Am 23. Januar hatten wir unsere Generalversammlung. Nach dem Geschäftsbericht und dem Kassenbericht ist sowohl unser Mitgliederstand wie unser Kassenbestand ein guter und zu den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigender. Vorwärts denn auf der einmal beschrittenen Bahn!

**Waldfisch i. Ba.** Friß Blome tot. In tiefer Trauer ist unsere Arbeiterschaft verleht worden durch den am 15. Januar erfolgten Tod des Geschäftsführers unserer Filiale, der, erst 37 Jahre alt, dem Allbezwinger Tod das Feld räumen mußte. Bl war Buchdrucker und ist nur zum Geschäftsführer für unsere Verbandsfiliale gewählt worden, weil er sich durch Fleiß und Talent die Sympathie unserer Mitglieder zu erwerben wußte, wie es keinem unserer Berufskollegen hier möglich wurde. Deshalb wird auch sein letzter Wunsch, wir möchten auch nach seinem Tode in bisheriger Treue zu unserer Sache stehen, in vollstem Maße erfüllt werden. Das zeigte schon sein Begräbnis. Sein Leib ist für uns tot, sein Geist lebt in uns fort.

**Literatur.**

„Der Aufstieg“, Führer durch die Geschichte der Arbeiterbewegung, von Franz Kühns. Preis 7,50 Mk. Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Paul Singer & M. S.

**Briefkasten.**

Nach Krefeld: Laßt doch die Schwarzen gehen. Wir haben doch nicht notwendig, auf all das Geschläß zu antworten. Denkt Euch in deren Lage: sie sind auf wirtschaftlichem Gebiet vollständig ohnmächtig. Etwas müssen sie doch tun, um zu zeigen, daß sie da sind, und deshalb tun sie nach der Manier der ganz „kleinen“ tüchtig bellen. Laßt ihnen doch diese unschuldige Freude und seid nicht gleich so gefällig. Wenn es ihnen gut gehen würde, dann würden sie nicht so schimpfen. Erfüllen wir weiter wie bisher unsere Pflicht, für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Textilarbeiterschaft tätig zu sein — derweil diese schimpfen —. Dies ist die bessere Reklame für uns. Die Redaktion.

Unser Vorstand bittet die Kollegen um Mitteilungen über wirklich praktische Schlagsänger. — Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen über Bureauezeit und dgl. mehr müssen wir abzdruken von nun an ablehnen, um Raum zu sparen. Unseren Mitarbeitern! Um für wichtigere Dinge Raum zu behalten, müssen wir die Versammlungsberichte auf das geringste Maß kürzen. Möchten sich die Berichterstatter gleich bei Abfassung der Be-

richte danach richten, dann werden sie weniger Klerger empfinden, wenn sie ihre Berichte im Blatt wieder finden und darin die Wieder-gabe ihrer Reden vermiffen. Niemand soll sich im Bett weiter strecken als die Dede reicht, sonst bekommt er kalte Füße. In dieser Zwangs-lage befinden wir uns.

**Bekanntmachungen.**

**Vorstand.**

Sonntag, den 6. Februar, ist der 5. Wochenbeitrag fällig.

Am 27. und 28. Januar ist vom Verbandsvorstand ein Anschreiben an die Betriebsratsmitglieder und Betriebsobleute unseres Verbandes zum Versand gekommen. Die betr. Kollegen und Kolleginnen wollen sich daselbe von ihren Geschäftsführern oder Ortsverwaltungen abholen.

Filialen, die keine Zusendung erhalten haben, wollen sofort mitteilen, wieviel Betriebsratsmitglieder oder Betriebsobleute im Filialbereich vorhanden sind. Nach gemachter Mitteilung erhalten dann diese ebenfalls die benötigte Anzahl zugeandt. Der Verbandsvorstand.

**Wortführeränderungen.**

Gau Hannover. Hameln. V: H. Albert, Große Freiheit 24. Ijehoe. Die Kassiererin ist zu freiden. Alle Sendungen an die Vorsitzende, Frau Anna Knuth, Feldstr. 10.

Gau Kassel. Eschwege. V: Heinrich Münzler, Herrengasse 5. St. Andreasberg. V: Joseph Eichen, Mühlenstr. K: Albert Friedrich, Schultstr. 33.

Gau Bückeburg. Cöln. V: Paul Bittner, Cöln-Ehrenfeld, Simrodstr. 29. Lobberich. V: Johann Strouken, Breyeller Str. 74.

Gau Stuttgart. Eberbach. K: Ferdinand Köb, Neugereuther Gasse 4.

Herbolzheim. V: Albert Moog, Ulmer Str. 366.

Offenburg i. B. V: Karl Kreider, Rosenstr. 1.

Gau Augsburg. Bamberg. V: Konrad Bähr, Gaustadt bei Bamberg, Nr. 122/1/3.

Ellensfeld. V: Christoph Walther, Nr. 67.

Wilsbiburg. V: Josef Rappart, Weidnerstr. 20. K: Kaver Manger, Hühngasse 2.

Gau Gera. Angstedt-Gräfinau. V: Hermann Risch, Angstedt b. Gräfinau a. M.

Gau Dresden. Bauhen. V: Ernst Sieber, Gerberstr. 11.

Engelsfeld i. B. V: Otto Schubert, Poststr. 37.

Reichenau. V: Edmund Threntraut, Nr. 282f.

Gau Egnitz. Breslau. V: H. Götter, Geschäftsführer, Margarethenstr. 17. Briefe an diesen. K: Josef Kukik, Geschäftsführer, Margarethenstr. 17.

Friedeberg a. d. O. K: Paul Sommer, Süßenstr. 365.

Dublin i. B. V: Joh. Schmidt, Sodower Str. K: F. Scherbaum, Obermühle.

Zillerthal. V: Hugo Paul, Zillerthal-Erdmannsdorf, Quirl 13.

Gau Berlin. Berlin. K: Jakob Niemeß, Andreasstr. 17. Forst. Otto Barber, Richtstraße 18.

Samswegen. V: Alwin Niemann, Samswegen, Breitestr. 76.

**Ortsverwaltungen.**

Handengekommene Mitgliedsbücher und -karten:

Crimmitschau. Buch Nr. 47 784, für Hugo Köhler, Weber, geb. 2. 5. 1879, eingetr. 6. 11. 1896 in Crimmitschau.

Werdau. Karte für Paula Frieda Lent, geb. den 10. Juni 1904 in Cainsdorf, eingetreten den 12. Januar 1920 in Werdau, Orts-Nr. 6778; Buch für Anna Thiele, geb. den 18. Januar 1902 in Lichtentanne, eingetreten den 14. April 1919 in Werdau, Orts-Nr. 2803, Stamm-Nr. 823 037.

**Totenliste.**

Gestorbene Mitglieder.

Augsburg. Barbara Wöhrl, Spinnereiarbeiterin, 19 J., Lungenleiden.

Bernstein i. B. Adate Wunner, Handweber, 58 J., Lungen- u. Leberleiden.

Chemnitz. Ella Mehner, Arbeiterin, 26 J., Kindbettfieber. Ella Kuhn, Arbeiterin, 30 J., Lungenentzündung. Helene Geifert, Arbeiterin, 27 J., Lun-

genentzündung. Marie Bergang, Arbeiterin, 53 J., Lungenentzündung. Elsa Lindner, Luftsoherin, 19 J., Herzleiden. Frieda Espig, Ringspinnern, 17 J., Blinddarmentzündung. Johanne Franke, Spulern, 22 J., Lungenleiden. Klara Wiebig, Formerin, 35 J., Lungenleiden.

Crimmitschau. Pauline Kieß, Andrehern, 59 J., Eduard Schiffmann, Weber, 80 J., Klara Böttcher, Andrehern, 17 J., Alfred Balke, Hilfsarbeiter, 39 J., Unfall.

Forst i. d. E. Klara Grunert, Arbeiterin, 60 J., Grippe. Gustav Wichte, Weber, 54 J., Lungenschwindsucht. Paul Schullarik, Weber, 23 J., Lungenentzündung. August John, Spinner, 64 J., Lungenentzündung. Robert Tjshentke, Weber, 62 J., Grippe. Gustav Heinge, Weber, 53 J., Herzschwäche. Berta Krause, Zwirnerin, 32 J., Lungenkrankheit. Berta Dobberschütz, Weberin, 66 J., Herzkrankheit. Berta Pollack, Weberin, 61 J., Herzschlag. Paul Schübner, Weber, 39 J., Herzlähmung. Emil Weber, Arbeiter, 23 J., Un-

glücksfall. Christian Schwarz, Arnspüher, 72 J., Magenkrebs. Ernestine Hornid, Spulern, 70 J., Herzschwäche. Alfred Böhle, Arbeiter, 23 J., Lungenkrankheit. Marie Paulisch, Zwirnerin, 25 J., Krebs.

Glauchau. Albert Sowa, 44 J., Lungenkatarrh. Emil Rag Schenter, Voigtlaide, 33 J., Rippenfellentzündung. Richard Zsch, 56 J., Lungentuberkulose. Görlitz. Wilhelm Falz, Arbeiter, 71 J., Asthma. Anna Jakob, Arbeiterin, 58 J., Magenkrebs.

Greiz. Olga Schaller, Schuhausgeberin, Klein-Reinsdorf, 34 J., Lungenschlag. Gustav Seibel, Weber, 55 J., Nervenverfallung. Reinhard Schwyer, Färber, 53 J., Magenleiden.

Guben. Erich König, 24 J., Lungenkrankheit. Pauline Wapack, 48 J., Leberkrankheit.

Hamburg. Bez. Bergedorf. Bittor Kirchstein, Arbeiter, 47 J., Lungenleiden.

Herzberg a. Harz. Arnold Dinstel, Spinner, Gehirnlählag.

Jahnsdorf i. Erzgeb. Wilhelm Beder, 48 J., Nervenrheumatismus.

Kirchberg. Wilhelm Wunderlich, Invalide, 81 J.

Krefeld. Karl Heffe, 27 J., Wilhelm Efers, 66 J., Franz Kubnen, 40 J., Operationsfolgen. Frau Wittbusch, 30 J.

Lichtenbrunn. Ida Höpfer, 43 J., Schlaganfall.

Reutlingen. Wilhelm Dolleschsen, Färber, 60 Jahre.

Osnabrück. Friedrich Hedmann, 15 J., Blutvergiftung.

Plauen i. B. Rich. Hübschmann, Sticker, 59 J., Magenverhärtung. Helene Anna Hums, Stepperin, 27 J., Nervenleiden. Pauline Albine Dölling, Wieberin, 54 J., Magenkrebs. Hermann Unterdörfel, Weber, 63 J., Schlaganfall. Frieda Luise Gruber, Legerin, 23 J., Schlaganfall.

Pulsnitz. Gustav Priescher, Stanger, 60 J., Prostataerkrankheit. Salzgitter. Katharina Köppelmann, 46 J., Schlaganfall.

Waldfisch i. Ba. Friß Blome, Geschäftsführer, 37 J., Operation. Luise Schähle, Arbeiterin, 46 J., Operation.

Weida. Frieda Bettelein, Weberin, 20 J., Lungenkrankh.

Zschheim u. Umg. Karl August Prüßler, Hornersdorf, 60 J., Asthma. Hedwig Selma Bogel, 27 J., Kindbettfieber.

Ehre ihrem Andenten.

**Zusammenkünfte.**

Mitgliederversammlungen.

Frankenberg. Mittwoch, 16. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im „Bürgergarten“, Freiburger Straße.

Halberstadt. Mittwoch, 9. Febr., im „Anker“.

Cealsig. Donnerstag, 10. Febr., abends 7 1/2 Uhr, in der „Neuen Sorge“.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 5. Februar. Verlag: Karl Sabisch in Kallenberg-Alt-Glienicke. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Priesel in Berlin, für alles andere Paul Wagner in Berlin. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.

wehung hiervon durch Vereinbarung eine Verkürzung der Arbeitszeit an Vorabenden der Sonn- und Festtage herbeigeführt wird, kann der Ausfall der Arbeitsstunden an diesen Tagen auf die übrigen Werkstage verteilt werden.

Beabsichtigt war mit dieser Bestimmung doch ohne Zweifel, daß wegen der in vielen Betrieben üblichen Freilassung des Sonnabendnachmittags eine mäßige Verlängerung der Arbeitszeit (etwa um eine halbe Stunde), zugelassen werden könne, aber nicht eine Verlängerung um anderthalb Stunden, wie der Herr Minister Oswald sie auf Grund seiner allzu wörtlichen und gemeinsamen Auslegung zuläßt.

### 11te Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Sitzungen fanden am 19. und 20. Januar statt. Zu Beginn ehrte der stellvertretende Vorsitzende, Genosse Grafmann, das Andenken des ersten Vorsitzenden, Genossen Legien. Als dessen Nachfolger wurde Genosse Theodor Leipart, der frühere Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, gegen 4 Stimmen gewählt. Von den in der vorigen Tagung unerledigt gebliebenen Verhandlungsgegenständen beschäftigte den Ausschuß zunächst die von einigen Seiten betriebene und von den französischen Behörden sichtlich begünstigte Einführung der Frankennährung im Saargebiet. Es kam dabei zum Ausdruck, daß diese den dortigen Arbeitern höchstens zeitweilig etwas Vorteil bieten, später jedoch leicht zu ihrem Schaden auslagern könne. Die Sache wurde den dortigen Gewerkschaften zur Regelung überlassen.

Von der vorigen Tagung lag ebenfalls noch eine Vorlage über die Unterstützung und die Beitragsleistung der Kurzarbeiter vor, zu der die Verbandsvorstände inzwischen Stellung genommen hatten. Die Aussprache zeigte aufs neue, daß in den einzelnen Berufen die Verhältnisse so verschieden sind, daß eine einheitliche Stellungnahme nicht möglich ist und die Regelung notwendig den Verbänden selber überlassen werden muß.

Den vierten Punkt der Tagesordnung: „Bericht der Sozialisierungskommission“, leitete Genosse Umbreit mit längeren Ausführungen ein. Es handelt sich darum, in der Sozialisierung des Kohlenbergbaus endlich zu einem einheitlichen Aktionsprogramm zu kommen. Die Aussprache ergab die volle Einmütigkeit des Ausschusses in dieser Frage. Die von der Kommission vorgelegten 20 Vorschläge wurden mit geringfügigen Änderungen einstimmig angenommen, ebenfalls einstimmig und unverändert angenommen wurde folgende Entscheidung und Erklärung:

#### „Entscheidung.“

Die im Ausschuß des A.D.G.B. vertretenen Vorstände der deutschen Gewerkschaften fordern von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaus.

Mit Befremden müssen die Gewerkschaftsvorstände feststellen, daß die Reichsregierung die den Gewerkschaften am 20. März 1920 gegebene Zusage der sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige ebensowenig erfüllt hat, wie das den Bergarbeitern anlässlich der Durchführung des Spaabkommens gemachte Versprechen, den Kohlenbergbau gemeinwirtschaftlich zu organisieren. Auch die Regierungserklärungen vom 5. August, vom 22. September und vom 8. Oktober 1920 sind bisher uneingelöst geblieben. Anstatt den entgegengebrachten Körperchaften einen Gehöranspruch zur beschleunigten Erledigung zu unterbreiten, veräumt die Reichsregierung die Zeit damit, den vorläufigen Reichswirtschaftsrat mit der Beauftragung von Gutachten der Sozialisierungskommission zu beschäftigen, um eine wirkliche Sozialisierung zu verschleppen oder gänzlich zu verhindern. Die Gewerkschaftsvorstände erklären, daß kein irgendwie geartetes Gutachten des vorläufigen Reichswirtschaftsrats die Reichsregierung von der Erfüllung ihrer gegenüber der Arbeiterchaft eingegangenen Verpflichtungen entbinden kann.

Die Gewerkschaften können eine Sozialisierung der Kohlenwirtschaft nur von einem Gesetz erwarten, das folgenden Bedingungen entspricht:

- I. Alle Erdschätze gehören der Nation.
- II. Die Ausbeutung der Kohlenvorkommen wird den bisherigen Besitzern gänzlich entzogen und gemeinwirtschaftlich organisiert.
- III. Das gesamte Eigentum an Bergwerken und zugehörigen Anlagen wird gegen Entschädigung der Besitzer auf einen Gemeinwirtschaftskörper übertragen.
- IV. Die Kohlenbewirtschaftung soll einheitlich für das ganze Reich geregelt werden, ohne den Bezirken die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit zu verkümmern. Die Betriebe sind zu wirtschaftlich nortehaftigen Betriebseinheiten zusammenzufassen.
- V. Die Lohn- und Gehaltsregelung soll auf Grund von Reichsarbeitsverträgen mit den Gewerkschaften vereinbart werden.
- VI. Den Arbeiter- und Angestelltenvertretungen ist ein Mitbestimmungsrecht in den Betrieben sowie in der Wirtschaftsführung zu sichern.
- VII. Die Preisregelung soll nach gefunden volkswirtschaftlichen Grundsätzen unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen erfolgen, so daß eine allmähliche Wölsung der aus der Entlohnung herrührenden Schuldverpflichtung, sowie Rücklagen für den notwendigen Ausbau der Kohlengewinnung sichergestellt werden.

Abzulehnen ist jede Lösung, die das Eigentumsrecht an den Kohlenbergwerken privatrechtlich erweitert oder zersplittert, anstatt es gemeinwirtschaftlich zusammenzufassen, oder die die Kohlengewinnung privatwirtschaftlicher Ausbeutung weiterhin überläßt.

Der Ausschuß des A.D.G.B. hat unter diesen Gesichtspunkten seine Vorschläge für die Sozialisierung des Kohlenbergbaus zusammengefaßt und fordert alle Arbeiter und Angestellten auf, für dieses Programm in möglichster Geschlossenheit einzutreten.

Die deutschen Gewerkschaften sind entschlossen, die Durchführung dieser Forderungen in der nachhaltigsten Weise zu unterstützen. Sie erwarten indes, daß die Reichsregierung es nicht zu solchen folgenschweren Konflikten kommen läßt, sondern eingebend ihrer Verheißungen und des einmütigen Willens weitestest Volkstretreife die Sozialisierung des Kohlenbergbaus zur raschen Tat werden läßt.

#### Erklärung.

„Der Reichswirtschaftsminister hat im Reichstag wiederholt den Gedanken erörtert, die Sozialisierungskommission aufzulösen und ihre Funktionen auf den Reichswirtschaftsrat zu übertragen.“

Der Ausschuß des A.D.G.B. erachtet es gegenüber solchen Plänen für notwendig, daran zu erinnern, daß die Wiederentsetzung der Sozialisierungskommission erfolgt ist auf Grund der Vereinbarung vom 20. März 1920 zwischen der Reichsregierung und den Gewerkschaftsverbänden, zum Zweck der sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige. Die Kommission hat die Aufgaben der wissenschaftlichen Prüfung der Möglichkeiten, Wege und Ziele der Sozialisierung. Der Reichswirtschaftsrat kann diese Aufgaben infolge seiner Zusammenfassung nicht lösen, wie seine Behandlung der Frage der Kohlenwirtschaft zeigt. Die Sozialisierungskommission hat ihre Arbeiten auch bei weitem noch nicht erledigt, da sie Untersuchungen über den Kaliberbau, über das Bau- und Wohnungswesen, über die Eisenwirtschaft und über die Energiewirtschaft teils in Angriff genommen, teils vorbereitet hat. Die Reichsregierung selber hat ihr obendrem die Prüfung der Frage des Verkehrswezens übertragen. Unter diesen Umständen wäre die Auflösung der Sozialisierungskommission einer Sabotierung des in der Verfassung festgelegten Gedankens der Sozialisierung gleichzusetzen.

Die Gewerkschaften legen gegen derlei Absichten des Reichswirtschaftsministeriums die entschiedenste Verwahrung ein und erklären, daß sie gemüßt sind, eine solche Verletzung des Abkommens vom März 1920 mit aller Entschiedenheit abzuwehren.“

Da für die Ausgestaltung des Gewerkschaftswesens auch eine genaue Einsicht darin notwendig ist, wie stark die einzelnen Berufe in Deutschland vertreten sind, und welche Änderungen sich auf diesem Gebiete im Laufe der Zeit vollzogen haben, ist es natürlich, daß der Bundesausschuß sich mit der künftigen Berufszählung beschäftigt. Im Auftrage der Statistikkommission berichtete darüber Genosse Streine (Maler). Seine Ausführungen wurden ergänzt durch Herrn Regierungsrat Dr. Meierwarth vom Preussischen Statistischen Landesamt. Im Ausschuß betonte man allgemein die Notwendigkeit einer Berufszählung und stellte sich ferner auf den Standpunkt, daß sie, um die gewaltigen Kosten möglichst einzuschränken, mit der nächsten Volkszählung verbunden werden könne. In betreff der Streitstatistik hatte der Ausschuß nichts dagegen einzuwenden, daß die Behörden auch künftig eine solche vornehmen; man hielt indes daran fest, daß diese auch von den Gewerkschaften weitergeführt werden soll. Ferner wurde die Kommission ermächtigt, für die Fragestellung bei der amtlichen Streitstatistik Vorschläge zu machen.

Mit der Preussischen Unterrichtsverwaltung wurde ein vertragliches Abkommen getroffen, daß den Gewerkschaften gegen vorzeitige Bedingungen eine gewisse Anzahl von Plätzen an der in Frankfurt a. M. begründeten Akademie der Arbeit zur hochschulmäßigen Ausbildung befähigter jüngerer Gewerkschaftsvertreter sichert. Der Unterricht soll am 1. April d. J. beginnen. Zugelassen sind Hörer beiderlei Geschlechts. Vorbedingung ist die notwendige Reife des Geistes und des Charakters und der Nachweis einer bestimmten Berufsbildung und längerer Berufstätigkeit. Der Unterricht verteilt sich auf zwei Semester zu je 4 Monaten, dazwischen 4 Wochen Ferien. Die Gewerkschaften zahlen die Unterhaltskosten der von ihnen ausgewählten Teilnehmer und für jeden derselben am Beginn jedes Semesters eine Hörgelühr von 300 Mk. Als Unterrichtsfächer sind vorgesehen: Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, Rechts- und Staatslehre, Naturwissenschaft, sowie die Grundlagen einer philosophischen Bildung. Als Vortragende sind erste Frankfurter Kräfte in Aussicht genommen.

Die Stellungnahme des Ausschusses zu dem bekannten „offenen Briefe“ der Vereinigten Kommunistischen

### Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet Erhöhung des Lohnes.

Herr Freese, der Besitzer der Hamburg-Berliner Salouffefabrik, reduzierte im Jahre 1892 in Berlin die Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden täglich. Die Akkordlöhne der Arbeiter blieben die gleichen.

Der durchschnittliche Wochenverdienst eines Arbeiters betrug während des Sommerhalbjahres 1891 bei neunstündiger und 1892 bei achtfündiger Arbeitszeit wie folgt:

	1891	1892
1. In der Tischlerwerkstatt . . . . .	29,50 Mk.	30,44 Mk.
2. Für Einseher . . . . .	32,06 „	31,04 „
3. In der Maler- und Anstreicherwerkstatt . . . . .	30,20 „	31,12 „
4. In der Schlosser- und Klempnerwerkstatt . . . . .	35,48 „	25,90 „
5. Im Maschinenraum . . . . .	25,74 „	25,84 „
6. Näh- und Reparaturwerkstatt . . . . .	13,32 „	13,99 „

Der Ausfall an Lohn in der Schlosser- und Klempnerwerkstatt ist nach den Angaben der Firma auf schlechten Geschäftsstand der betreffenden Abteilung zurückzuführen. Da die Akkordlöhne nicht erhöht wurden, ergeben die Zahlen, daß in 8 Stunden ebensowiel geleistet wurde wie in 9 Stunden.

Partei ergab wiederum vollkommene Einmütigkeit. Der Beschluß des Bundesvorstandes, in Anbetracht des Verhaltens der Kommunisten bei früheren gemeinschaftlichen Aktionen auf diesen „offenen Brief“ überhaupt keine Antwort zu erteilen, wurde gebilligt. Im übrigen wurde von neuem betont, daß Aufklärung der Mitglieder und praktische Arbeit zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage die besten Mittel seien, die Einigkeit in den Gewerkschaften hochzuhalten.

Ein Brief vom Internationalen Gewerkschaftsbund, der zur Aktion dafür auffordert, daß die zum Tode verurteilten Mitglieder der früheren ungarischen Arbeiterregierung nicht hingerichtet werden, fand im Ausschusse schnelle Erledigung, da die deutschen Gewerkschaften schon in diesem Sinne tätig sind.

Ferner beschloß der Ausschuß noch, daß der Bundesvorstand Mittel bereitstellen soll zur Unterstützung ostdeutscher Flüchtlinge.

### Frauen gibt es . . .

Frauen gibt es, die sich in Brotate hüllen — und ihre glüdestrunkenen Augen glänzen wie Perlen, welche ihre Stirnen kränzen. Frauen, denen alle Wünsche sich erfüllen. Frauen gibt es, die mit arbeitsmüden Händen am Abend glänzend über müden Knien den rohgefärbten Schurz gerade ziehen, täglich gern nur eine Stunde Ruhe fänden. Alexander Seidel.

### Aus den Gewerkschaften.

#### Ausbreitung des Gewerkschaftswesens in Palästina.

Die jüdischen Arbeiter und Beamten der palästinenischen Eisenbahnen, sowie des Post- und Telegraphenwesens haben sich zu einer Berufsgenossenschaft vereinigt. Ferner wurde in einer kürzlichen Sitzung des Beamtenvereins in Jerusalem beschlossen, einen Schlichtungsausschuß zu wählen. Denselben Beschluß faßten auch die Beamten und Angestellten der jüdisch-amerikanischen Sanitätsinstitution „Hadassah“. Es wurde beschlossen, die neuen Organisationen der kürzlich begründeten „Gesamtgewerkschaft aller Arbeiter Palästinas“ (Schutz) anzuschließen.

### Aus der Textilindustrie.

In Burg bei Magdeburg ist bei der Tarifbindung zum 1. Januar 1921 keine Einigung zustande gekommen, so daß man seine Zuflucht zum Streik nehmen mußte. Nach einmonatigem Ausstand wurde eine Einigung erzielt, nach der durchschnittlich 40 bis 55 Pf. Zulage pro Stunde in allen Abteilungen bewilligt wurden.

Lohnbewegung der Textilarbeiter. Unser Verband hat bei dem Verband Süddeutscher Textilarbeiter, Landesgruppe Nordbayern, an die Adresse des Vorsitzenden, Herrn Kommerzienrat Emil Fischer, Direktor der Spinnerei Neuhof in Hof, die Forderung eingereicht, den Textilarbeitern Nordbayerns ab 1. Januar 1921 dieselben Teuerungszulagen, wie sie den südbayerischen Textilarbeitern ab 1. November 1920 zugesandt wurden, nämlich 10 bis 50 Pf. pro Stunde je nach der Altersklasse, zu bewilligen.

Nach einer Landesversammlung der Textilarbeiter in Rulmbach wurde unserer Gauleitung durch den Geschäftsführer des Arbeiterverbandes, Herrn Rechtsanwalt Durst, Hof, mitgeteilt, man könne nur bedauern, daß die Konferenz der Betriebsräte wiederum mit dem alten, ungerechten und so oft schon widerlegten Vorwurf der Verschleppung arbeitet und ihre Entrüstung über die angebliche Verschleppung ausdrückt. Befremden müßte, daß die Entschleppung von „der weiteren Verelendung“ der Arbeiterchaft spreche und die Betriebsräte anscheinend mit dem Gedanken einer Arbeitsniederlegung spielten, zu einer Zeit, wo äußerste Anspannung aller Kräfte notwendig sei, wenn es gelingen sollte, über die Krise hinwegzukommen und die Betriebe aufrechtzuerhalten.

Die Landesgruppe Nordbayern müßte die Forderung auf Teuerungszulagen zu den Löhnen des Arbeitertarifs vom 16. Oktober unbedingt ablehnen. Im Interesse der Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens wolle man aber von einer Forderung auf Abbau absehen und die bisherigen Löhne vorläufig weiter zahlen. —

Die Gauleitung bedauerte in ihrem Antwortschreiben nicht nur die Ablehnung der Forderung an sich, sondern auch die Form, in die die Ablehnung gekleidet war. Die Arbeiterchaft, die durch ihre Arbeitskraft wiederum dazu beigetragen, daß die Betriebe im abgelaufenen Jahr, trotz der Krisenzeit, große Gewinne erzielten, habe wahrlich eine solche Behandlung nicht verdient. Die Herren Arbeitgeber wüßten, daß seit dem letzten Tarifabschluß die Lebenshaltung sich weiter erheblich verteuert hat und trotzdem wagten sie, von Lohnabbau zu sprechen. Von einem Abbau der ungeheuerlichen Gewinne der Industrie und des Handels sprachen sie nichts. Mit erstem Protest müßte die Verdrängung der Betriebsräte zurückgewiesen werden, die noch nie mit dem Gedanken der Arbeitsniederlegung gespielt hätten und sich ihrer Aufgabe voll bewußt seien. Da der Arbeitgeberverband sich weigere, innerhalb der Reichsarbeitsgemeinschaft über die Forderungen der Arbeiter zu verhandeln, obwohl er moralisch hierzu verpflichtet wäre, so empfehlen die Arbeitervertreter der Gauleitung, der Arbeiterchaft das Verhalten der Arbeitgeber zu unterbreiten und alle gewerkschaftlichen Mittel zur Anwendung zu bringen, um der gerechten Forderung der Arbeiter zum Ziele zu verhelfen.

Ergebnis der Tarifverhandlungen in der Lausitzer Tuchindustrie. Die am 20. Januar wieder aufgenommenen Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeber-Verband der Lausitzer Tuchindustrie und den zuständigen Gruppen der Textilarbeiter-Organisationen haben zu einer Vereinbarung geführt. Danach werden die im April 1920 vereinbarten Tarife bis 31. März 1921 verlängert. Die ab Anfang November 1920 gezahlte Teuerungszulage kommt mit dem 31. Dezember 1920 in Wegfall. Dafür sind neue Teuerungszulagen ab 1. Januar 1921 eingeführt worden, die für Akkordlöhner und Zeidlöhner nach Alter und Geschlecht verschieden abgestuft sind.

Die Krisis in der oberelbischen Textilindustrie gestaltet sich immer katastrophaler. Die Preisstürze in Rohwolle und Baumwolle haben allein der Wollhäuer Industrie Verluste von rund 500 Millionen Franken gebracht. Zahlreiche kleinere Fabriken sind in Zahlungsunfähigkeit geraten, durch die auch Londoner und Manchester Großfabrikanten schwer betroffen werden. Die Arbeitszeit in den meisten Baumwollstoffabriken ist auf rund fünf Stunden täglich herabgesetzt worden. Die gleiche Gefahr droht den Leinwandwebereien. Die Zahl der Arbeitslosen wird amtlich auf 60 000 geschätzt.

### Soziale Rundschau.

#### Gegen die Arbeitslosigkeit.

Die Exekutivkommission der englischen Arbeiterpartei hat gemeinsam mit der parlamentarischen Gruppe der Gewerkschaften ihre Forderungen betreffs der Beseitigung bzw. Vinderung der Arbeitslosigkeit aufgestellt; sie werden dem demnächst stattfindenden Arbeiterkongreß unterbreitet. Diese Forderungen sind 1. Anwendung einer vierundvierzigstündigen Arbeitswoche, 2. der Staat soll den verheirateten Arbeitslosen wöchentlich zwei englische Pfund (ungefähr 480 Mk.) bezahlen, den unverheirateten aber wöchentlich 25 Schilling (ungefähr 290 Mk.), 3. für die arbeitslosen Frauen sollen Lehreinrichtungen für das Erlernen neuer Erwerbszweige errichtet werden, 4. das schulpflichtige Alter soll von 14 auf 16 Jahre erhöht werden, 5. die Arbeiterchaft vertritt mit allem Nachdruck das von der englischen Regierung empfohlene Mittel gegen die Arbeitslosigkeit, nämlich die Einführung der kurzen Arbeitszeit (short time).

Bezüglich des letzten Punktes, der Einführung der Verkürzung der Arbeitszeit, erwähnen wir, daß die englischen „Arbeitsgemeinschaften“, also gemischte Organisationen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, für die einzelnen Industriezweige (die sogenannten Whitley-Räte) dieses Regierungssystem für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fast alle verworfen haben.

### Arbeitslosen- und Kurzarbeiterversammlung der Textilarbeiter und Töpfer in Breslau.

Am Montag, den 31. Januar, fand im Breslauer Gewerkschaftshaus eine Versammlung der arbeitslosen und kurzarbeitenden Textilarbeiter und Töpfer statt, in der zwecks Eindämmung der Arbeitslosigkeit gefordert wurde:

1. Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge, mehr Notstandsarbeiten, Einrichtung von Nähstuben, Waschstuben.
  2. Schaffung von Lehrbildungsstätten für Jugendliche (Einführung von Schulen und Kursen für Jugendliche), damit die Jugendlichen von der Straße als Arbeitslose verschwinden.
  3. Senkung der Preise aller Bedarfsartikel.
- Mit einem Appell an die Arbeitslosen und die Kurzarbeiter, sich nur einzig und allein in ihrer Bedrängnis an die Gewerkschaft zu wenden und sich nicht irreführen zu lassen, wurde die sehr ruhig verlaufene Versammlung geschlossen.

### Gesundheitswesen.

#### Gesundheitschädliche Arbeit.

In der Handschuhindustrie bestehen noch eigenartige Arbeitsmethoden, die, vom hygienischen Standpunkt aus betrachtet, längst aufgegeben sein müßten. Der Scherer, der die Fäden partiellweise auf die Weise ausschert, muß sie am Anfang der Partie leimen, damit der Kettenarbeiter die Fäden beim Einlesen in die Lochnadeln nicht durcheinander bringt. Man will dadurch die Kreuze und die sich daraus ergebenden Fadensbrüche verhindern. Das Leimen macht sich notwendig, weil hier in dieser Branche nur feine Garne und Seiden verarbeitet werden. Wie wird nun dieses Leimen bewirkt? Man benützt einen Streifen mit dem befruchteten Papier, feuchtet ihn mit Speichel an, indem man ihn über die Zunge zieht, und klebt die Fäden zusammen. Der Speichel ist warm, der Leim löst sich dadurch auf und die Haltbarkeit ist gegeben. Würde man aber Wasser nehmen, wie es schon so oft geschehen, so würde das Gegenteil erreicht. Das Papier wird beim Trocknen aufplatzen. — Der Arbeiter hat durch das immerwährende Anlecken des Leimpapiers einen klebrigen Speichel im Munde. Beim Weiterarbeiten fliegt viel Staub sowie Garnfaser, hervorgerufen durch das schnelle Durchlaufen der Fäden durch die Niete. Da der Leim aus Fischschuppen, Häuten, Knochen, Abfällen aus der Gerberei, Schlächterei und Abdeckerei usw. zusammengesetzt ist, läßt sich leicht ermaßen, welchen gesundheitlichen Gefahren der Arbeiter ausgesetzt ist. Man hätte bei dem heutigen Stande der Technik schon leicht ein weniger gesundheitschädliches Verfahren einführen können, und es ist an der Zeit, es endlich zu tun.

dutte durch den Schleichhandel abzusehen, weil sie dadurch bedeutend höhere Preise erzielt. Unter diesen Erscheinungen mußte die Notlage der breiten Volksmassen immer höher steigen. Die Arbeitslosigkeit, die in der letzten Zeit wieder stark einsetzte, tat ihr übriges noch hinzu, um diese Notlage zu erhöhen. Trotz dieser Misse, die das Volk zu ertragen hat, will jetzt das Reichsernährungsministerium den Landwirten für die Ernte 1921 folgende Mindestpreise garantieren:

Roggen pro Tonne 2050 Mt., bisher 1430 Mt.
Gerste und Hafer 2050 Mt., bisher 1380 Mt.
Wetzen 2255 Mt., bisher 1570 Mt.

Dieses bedeutet eine Verteuerung der Brotfrucht und damit des Brotes um etwa 50 Proz., reichlich die Hälfte. Da sich nach dem Brotpreis die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel richten, so ist damit zu rechnen, daß die Ausgaben für Nahrungsmittel um die gleiche Höhe im Preise steigen. Mit dieser gewaltigen Verteuerung der Nahrungsmittel wird eine weitere Entwertung des Geldes eintreten, was wiederum zur Folge hat, daß die Preise für alle Gebrauchsartikel in der gleichen Weise steigen.

Nach dem, wie wir die Herrschaften kennen, ist anzunehmen, daß diese Verteuerung des Getreidepreises durchgehend wird; dieses bedeutet dann, daß die breiten Volksmassen den Schmachtriemen wiederum enger schnallen müssen, und zwar nur deshalb, damit den kapitalistischen Kreisen auf Kosten des Volkes höhere Gewinne in den Taschen geworfen werden.

Was kümmert es diese Herrschaften, wenn bei diesem Experiment Tausende von Proletariaten und deren Kinder zugrunde gehen? Wir müssen Menschen wagen, um ein Volk zu werden, ist die Parole dieser Profitlügler. Es ist ganz ausgeschlossen, daß durch die Preiserhöhungen für Getreide die Landwirtschaft zu einer höheren Abgabe von Nahrungsmitteln sich verpflichtet fühle. Solange aus eigener Landwirtschaft und den Zufuhren der Bedarf nicht überdeckt wird, solange werden alle Maßnahmen fehlschlagen. Die Begehrlichkeit jener Kreise kennt keine Grenzen, sie werden deshalb die Konjunktur weidlich ausnützen, solange die Möglichkeit hierzu gegeben ist. Es wird dabei nichts anderes erreicht, als daß das Elend, in dem sich die weiten Volksmassen heute schon befinden, um ein Beträchtliches noch erhöht wird. In welcher Weise die Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft im Jahre 1920 vor sich gegangen ist, können wir den Zahlen des Statistikers Dr. Kuczynski, Berlin-Schöneberg, die durch die Presse gelaufen sind, und den Indeziffern Calwers nachrechnen. Nach Calwer hat sich für den Nahrungsmittelaufwand einer vierköpfigen Arbeiterfamilie, berechnet nach den Friedensrationen eines deutschen Marinejohannes, folgendermaßen erhöht:

Danach betragen die Indeziffern im Jahre 1920:

Januar . . . . . 130,65 Mt.	Juli . . . . . 252,38 Mt.
Februar . . . . . 147,65 "	August . . . . . 261,38 "
März . . . . . 167,60 "	September . . . . . 273,95 "
April . . . . . 199,78 "	Oktober . . . . . 332,20 "
Mai . . . . . 224,63 "	November . . . . . 357,05 "
Juni . . . . . 232,15 "	Dezember . . . . . 369,76 "

In einem Jahre hat sich die Indeziffer um 182 Proz. erhöht. Am Schlusse des Jahres 1914 betrug die Indeziffer für den Lebensmittelaufwand der gleichen Familie 28,74 Mt.; gegenüber dem Stande vom Dezember 1920 ist eine Erhöhung von 1320 Proz. seit dem Schlusse des ersten Kriegsjahres eingetreten. In diesem Tempo, wie die Verteuerung vor sich gegangen ist, so wird dies auch für das nächste Jahr im Riesentempo weiter gehen. An einen Preisabbau ist infolgedessen gar nicht zu denken. Die Textilarbeiterschaft mag sich dessen bewußt sein, und wird rechtzeitig hierzu Stellung nehmen, um mit aller Energie für entsprechende Lohnerhöhungen sich einzusetzen. Gelingt es uns nicht, durch beträchtliche Lohnerhöhung diese geplanten Verteuerungen aller Gebrauchsartikel auszuweichen, dann würde die Arbeiterschaft in den Pauperismus verfallen müssen. Es ist wichtig, die gesamte Textilarbeiterschaft auf die großen Gefahren der Gegenwart hinzuweisen, damit sie nicht in unflüchtigem Kampfe gegeneinander ihre Kräfte zersplittert und sich zermüht, anstatt diese Kräfte dort in Anwendung zu bringen, wo es gilt die Arbeiterschaft vor dem völligen Verderben zu schützen.

### Neue indirekte Steuern?

Von Dr. R. Kuczynski,

Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Am 14. Januar hat die Reichsregierung in Verhandlungen mit den Beamten die Mitteilung gemacht, die Finanzvertreter der Entente hätten den maßgebenden deutschen Stellen erklärt, daß die neuen Mehrausgaben für die Beamten- und Staatsarbeiterbezüge durch neue indirekte Steuern gedeckt werden müssen.

Daß die Finanzvertreter der Entente eine Erhöhung der deutschen Steuern wünschen, ist begreiflich, denn unsere Steuern decken nur einen kleinen Bruchteil des öffentlichen Bedarfs, und unsere Schulden wachsen wöchentlich um eine Milliarde. Wenn sie aber neue indirekte Steuern fordern, trotzdem die indirekten Steuern heute schon — im Gegensatz zur Vorkriegszeit — mehr einbringen als die direkten Steuern, so erklärt sich dies vor allem dadurch, daß die Reichsregierung unter dem beherrschenden Einfluß der plutokratischen Strömungen innerhalb der Regierungsparteien unsere Besitzsteuern immer wieder als unerträglich hoch darzustellen sucht. Als ein Beispiel für diese sei eine Antwort der Reichsregierung auf den Finanzfragebogen der Entente wiedergegeben:

„Privatmann, Vermögen am 30. Juni 1919 100 Millionen Mark. Davon Kriegsvermögenszuwachs 25 Millionen Mark. Der Steuerpflichtige stirbt im Jahre 1920 und hinterläßt sein Vermögen seinen beiden Neffen zu gleichen Teilen. Der eine der Neffen hat noch kein Vermögen, der andere ein Vermögen von 1 Million Mark. Die Besteuerung gestaltet sich nun folgendermaßen: Vermögen am 30. Juni 1919 100 000 000 Mt., davon ab: Kriegsvermögenszuwachssteuer 24 828 000 Mt., Reichsnotopfer 47 779 550 Mt., Nachlasssteuer 1 332 622 Mt., Erbschaftsteuer, zu zahlen von dem Neffen, der bisher kein Vermögen hatte, 5 032 245 Mt., Erbschaftsteuer, zu zahlen von dem Neffen, der bereits 1 Million Vermögen besitzt, 7 548 367 Mt.; bleiben als Rest von dem Vermögen von 100 Millionen Mark 13 479 216 Mt.“

Zunächst ist schon die Rechnung in sich falsch. Denn selbstverständlich hat der Neffe, der vor dem Erbanfall 1 Million besaß, nicht 2 1/2 Millionen mehr an Erbschaftsteuer zu zahlen als der vermögenslose Neffe. Der tüchtige Beamte, der eine so gewaltige Schröpfung der Erben durch den Fiskus herausgerechnet hat, hat eben den einschlägigen Paragraphen nicht zu Ende gelesen. Sonst hätte er gefunden, daß ein Erbe, der schon 1 Million besitzt, höchstens 360 000 Mt. mehr zu zahlen hat als ein vermögensloser Erbe. Die Erbschaftsteuer des vermögenden Neffen beträgt also nicht 7 548 367 Mt., sondern 5 392 240 Mt. (die des vermögenslosen Neffen 5 032 240 Mt.), und es verbleiben als Rest nicht 13 479 216 Mt., sondern 15 635 348 Mt. Aber viel wichtiger ist, daß in der amtlichen Berechnung des Reichsnotopfers vollkommen übersehen ist, daß bei der Veranlagung des Grundvermögens nur mit dem Zwangssachen des Reinertrages, das Betriebsvermögen nur mit 80 Proz. seines Wertes angelegt wird, daß bei Vorauszahlungen ein Rabatt gewährt, und daß selbstgezeichnete Kriegsanleihe zum Nennwert angenommen wird. Ich habe schon gleich nach Erlaß des Reichsnotopfergesetzes darauf hingewiesen, daß in Wirklichkeit kein einziger Abgabepflichtiger dem Fiskus mehr als 50 Proz. seines Vermögens zu opfern haben werde, und habe es für eine Zaubertrickerei, wenn man, wie in dem angezogenen amtlichen Beispiel, mit einer Abgabe von 63 1/2 Proz. rechnet.

Immerhin wird man der Regierung den guten Glauben bei ihrer Darlegung nicht abprechen können. Etwas anders liegt die Sache bei einem die gleiche Tendenz verfolgenden Artikel des Reichsfinanzministers a. D. Gothein in der „National-Zeitung“ vom

5. und 7. Januar. Da heißt es: „Bleibend am meisten zwingt die Erbschaftsteuer den Unternehmer, sie im Preis der Ware abzuwälzen. Steigt diese Steuer doch zugleich der Nachlasssteuer selbst beim Gatten- und Kindeserbe bis auf 75 Proz.“ Gothein muß wissen, daß die Erbschaftsteuer zugleich der Nachlasssteuer beim Gatten- und Kindeserbe nie und nimmer auf 75 Proz. steigen kann. Er weiß aber auch aus eigener Erfahrung, daß der Nachweis falscher Angaben kein Ansehen in den ihm nahestehenden Kreisen nicht zu erschüttern vermag. Tatsächlich kann die Erbschaftsteuer zugleich der Nachlasssteuer beim Gatten- und Kindeserbe gegenwärtig 58,2 Prozent nie übersteigen. Und dieser Satz fände auch nur dann Anwendung, wenn z. B. ein Sohn mit einem Riesenermögen ein Riesenermögen erbt. Erbte hingegen ein armer Schlucker mit nur 10 Millionen Mark Vermögen von seinem Vater nur schäbige 100 Millionen Mark, so hat er an Nachlasssteuer 4 963 000 Mt. und an Erbschaftsteuer 30 404 000 Mt., also insgesamt 35 367 000 Mt. oder 35,4 Proz. zu zahlen, und er muß versuchen, sich wohl oder übel mit einem Vermögen von 74 633 000 Mt. durchzufuttern. Gothein allerdings, der keinen Multimillionär darben sehen kann, tröstet ihn gleich damit, er könne und müsse die Erbschaftsteuer im Preis der Ware abwälzen.

Zusammenfassend sagt Gothein: „Wenn heut mit Recht bitter über die ungeheuren Preisaufschläge auf die Selbstkosten, wenn über die raufende Gewinnjustiz der Unternehmer, die die Ware dem Verbraucher so ungeheuer verteuert, geklagt wird, so hat dies ihre Ursache in der exorbitanten Fortsteuerung von Einkommen und Vermögen.“ Die direkten Steuern werden von allen am Produktions- und Verteilungsprozess Beteiligten völlig oder größtenteils abgemildert. Sie belasten letzten Endes den Konsumenten der Ware.“ In Wirklichkeit liegt die Sache umgekehrt: Die indirekten Steuern wirken fast preissteigernd; die direkten Steuern aber wirken eher preisdrückend, weil sie die Kaufkraft der Besizhenden einschränken. Wer daher einen Preisabbau für notwendig hält — und ein Preisabbau ist nach dem Urteil des Präsidenten der Berliner Handelskammer die Vorbedingung für „eine durchgreifende Produktionssteigerung“ — muß die leider ja unvermeidliche Steuererhöhung in einem Ausbau unserer noch recht erträglichen direkten Steuern suchen und hat die Pflicht, dem Ausland wie dem Inland gegenüber zu betonen, daß unsere indirekten Steuern schon heute die Minderbemittelten fürchtbar belasten.

### Achtstundentag-Katechismus Robert Owens.

Robert Owen wurde durch diese Erfolge begeisterter Anhänger des Achtstundentages. Er entwarf einen Katechismus, in welchem Frage 14 lautete: Warum sollst Du die Arbeitszeit auf höchstens 8 Stunden täglich festlegen?

Antwort:

1. Weil es die längste Periode physischer Anstrengung ist, welche das Menschenschlecht — wenn man den Durchschnitt nimmt und dem Schwächeren die Existenzrechte ebenso wohl zugestehet wie dem Stärkeren — ertragen kann, um gesund, intelligent, tugendhaft und glücklich zu sein.
2. Weil die modernen Erfindungen in Chemie und Mechanik eine längere Periode physischer Anstrengung unnötig machen.
3. Weil bei achtstündiger Arbeit unter geeigneten Einrichtungen ein Ueberfluß an Reichtum für alle geschaffen werden kann.
4. Weil kein Mensch das Recht hat, von seinen Mitmenschen zu verlangen, daß sie länger arbeiten sollen, als für die Gesellschaft im allgemeinen gut ist, nur damit er reich werde, dadurch, daß er viele arm macht.
5. Weil es das wirkliche Interesse jedes menschlichen Wesens ist, daß jedes andere menschliche Wesen gesund, intelligent, zufrieden und reich sei.

### Die Ueberfremdung des großstädtlichen Hausbesitzes.

Von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Vom 1. Oktober 1918 bis zum 30. September 1919 wurden in Berlin-Schöneberg insgesamt 126 Häuser verkauft. Der Preis war in 15 Fällen gleich dem gemeinen Wert, in 56 Fällen höher, in 55 Fällen niedriger. Der Gesamtpreis der 126 Häuser betrug 36 626 650 Mt., ihr gemeiner Wert 37 093 500 Mt. Der Kaufpreis war also im ganzen um 1,3 Proz. geringer als der gemeine Wert. In dieser Zeit hielten sich Gewinne und Verluste beim Käuferverkauf etwa die Waage.

Vom 1. Oktober 1919 bis zum 30. September 1920 wurden nicht weniger als 330 Häuser verkauft. Der Preis war in 12 Fällen gleich dem gemeinen Wert, in 260 Fällen höher, in nur 58 Fällen niedriger. Der Gesamtpreis der 330 Häuser betrug 142 513 460 Mt., ihr gemeiner Wert 123 427 500 Mt. Der Kaufpreis war also im ganzen um 15,5 Proz. höher als der gemeine Wert. In dieser Zeit überwogen mithin die Gewinne sehr merklich die Verluste.

Das erste Jahr nach dem militärischen Zusammenbruch war eine Zeit mäßiger Preise auf dem Schöneberger Häusermarkt. Der Umschlag erfolgte dann im Herbst 1919 mit dem Sturz der deutschen Valuta. Nunmehr häuften sich die Fälle, in denen Inländer, die weniger auf eine hohe Verzinsung ihres Vermögens als auf seine Anlage in realen Werten bedacht waren, Häuser kauften. Vor allem aber lauchten jetzt Ausländer auf, die bei dem niedrigen Stand der deutschen Mark wegen des Preises nicht zu fettschen brauchten. Während vom 1. Oktober 1918 bis zum 30. September 1919 kein einziger Käuferkauf durch Ausländer festgestellt werden konnte, waren es vom 1. Oktober 1919 bis zum 30. September 1920 nicht weniger als 118, und zwar im Oktober 1, im November 6, im Dezember 12, im Januar 12, im Februar 25, im März 23, im April 15, im Mai 7, im Juni 8, im Juli 2, im August 4, im September 3. Von den 118 Käufen durch Ausländer entfielen 28 auf Schweden, 17 auf Holland, 8 auf Norwegen, je 6 auf die Schweiz und die Vereinigten Staaten von Amerika, je 5 auf Belgien, Polen, Spanien und Ungarn, je 4 auf Dänemark und England, je 3 auf Italien, Estland und die Tschechoslowakei, je 2 auf Finnland, Frankreich und Island und je 1 auf Russland, Litauen, Rußland, die Ukraine, Argentinien, China, Mexiko, Panama, Syrien und die Türkei. Bei den Ausländern macht sich die Bereitschaft, immer höhere Preise zu zahlen, noch stärker geltend als bei den Inländern.

Der Gesamtpreis der von Ausländern im 4. Vierteljahr 1919 gekauften Häuser betrug 6 625 000 Mt. und überschritt den gemeinen Wert von 7 330 000 Mt. um 1 295 000 Mt., also um 17,7 Proz. Der Gesamtpreis der von Ausländern im 1. Vierteljahr 1920 gekauften Häuser betrug 32 137 000 Mt. und überschritt den gemeinen Wert von 25 783 500 Mt. um 6 353 500 Mt., also um 24,6 Proz. Der Gesamtpreis der von Ausländern im 2. Vierteljahr 1920 gekauften Häuser betrug 14 932 000 Mt. und überschritt den gemeinen Wert von 12 078 000 Mt. um 2 854 000 Mt., also um 23,6 Proz. Der Gesamtpreis der von Ausländern im 3. Vierteljahr 1920 gekauften Häuser betrug 4 310 000 Mt. und überschritt den gemeinen Wert von 3 945 000 Mt. um 365 000 Mt., also um 9,3 Proz. In 110 von den insgesamt 118 Fällen überschritt er ihn um mehr als 5 Proz.

Die weitere Entwicklung des Häusermarktes und insbesondere der Ueberfremdung städtischen Grundbesitzes verdient aufmerksamste Beobachtung, und es ist zu wünschen, daß auch andere Gemeinden ähnliche Untersuchungen vornehmen.

### 40 Millionen für die Technische Nothilfe.

Die Kostgänger bei der Technischen Nothilfe sehen alle Hebel in Bewegung, um sich ihre Futterkrippe zu erhalten. Trotzdem im Reichswirtschaftsrat allgemeine Abneigung gegen diese von der Arbeiterschaft als Streikbrecherorganisation angesehene Institution zum Ausdruck kam, hat die Regierung an der Beibehaltung der Techno festgehalten. Die Beratung dieser Position im Hauptausschuß des Reichstages hat aber gezeigt, daß die politischen Parteien größtenteils die Psyche des Arbeiters nicht verstehen und sich über die Wünsche und Forderungen der Arbeiterschaft glatt hinwegsetzen. Das kapitalistische Unternehmerinteresse schaut dort aus allen Rockärmeln hervor.

Der Reichsminister Koch, bekanntlich demokratischer Abkunft, hat sein Pflegekind mit ganz haltlosen Verdächtigungen der Gewerkschaften im Hauptausschuß des Reichstages als der Dohrt aller „Ordnungsstiften“ würdig empfohlen. Was er aber vorbrachte, war nichts anderes, als die Wiedergabe der Selbstempfehlung der Techno. Wenn er aber behauptete, die Technische Nothilfe habe Menschenleben gerettet und Deutschland vor dem Zusammenbruch bewahrt, so ist das eine jener Uebertreibungen, die niedriger gehängt werden müssen. Wo waren denn die Klassengenossen des Herrn Koch, als Deutschland unter der Last des Krieges zusammenbrach? Sind sie nicht ins Mausloch gekrochen und haben die Sozialdemokratie die Suppe, die sie dem ganzen Volke eingebracht haben, allein ausessen lassen? Und sind nicht nachher, als die Arbeiter Deutschland vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt hatten, die Unternehmer allenthalben hergegangen und hatten nichts wichtigeres zu tun, als überall zu verjuchen, Lohnreduktionen vorzunehmen? Menschenleben soll die Technische Nothilfe gerettet haben. Haben nicht die Gewerkschaften Deutschland vor dem Bürgerkrieg bewahrt? Erst die nachrevolutionäre, ins ungemessene gesteigerte Profitgier der Kapitalistenklasse hat die Leiden des Teils des Proletariats so aufgepeitscht, daß dieser Teil alles auf eine Karte setzen wollte, was aber von dem Gros der Arbeiterschaft abgelehnt wurde. Und zum Dank für diese Besonnenheit will man nun die Technische Nothilfe auf Kosten des Reiches zur Dauereinrichtung machen, um jedweden unbedeuten Streiks zur höheren Ehre des Proletariats niederzuknicken zu können. Aber noch etwas entschüpfte dem Begehre der Zähne des Herrn Ministers. Er sagte: „Vorläufig kann man die Technische Nothilfe noch nicht entbehren, denn die Gewerkschaften sind noch nicht so organisiert, daß sie ihrerseits diese Aufgaben übernehmen können.“

Diesem Ausspruch müßten sich die Gewerkschaften besonders merken. Abgesehen, daß die ganze Regierungsmaschinerie heute noch nicht so organisiert ist, und dazu rechnen wir auch das Ressort des Herrn Koch, daß alles so klappert, wie es die Arbeiterschaft bei den hohen Steuerleistungen, die sie heute zu tragen hat, eigentlich verlangen könnte (wir erinnern nur ganz leise an die geradezu haarsträubende Lage der Arbeitsinvaliden), so liegt in diesem Ausspruch des Ministers doch etwas Wahres. Denn wenn die Arbeiter so organisiert wären, wie es ihre wirtschaftlichen Interessen eigentlich verlangen, so wäre Herr Koch bald überflüssig. Dann könnten die Gewerkschaften ein anderes Wortchen bei solchen Fragen mitreden und die Technische Nothilfe wäre endgültig erledigt.

Von den Arbeiterparteien im Reichstag müssen wir aber verlangen, daß sie der Technischen Nothilfe keinen Groschen bewilligen und eine geschlossene Pöhlung gegen rechts bilden.

### Die Christen und der Achtstundentag bzw. die 46 stündige Arbeitswoche.

Wenn die Textilarbeiterschaft in der nächsten Zeit in schwere Kämpfe um die Erhaltung der 46stündigen Arbeitswoche verwickelt wird, so ist dieses mit auf das Schuldkonto des christlichen Textilarbeiterverbandes zu schreiben. Der christliche Textilarbeiterverband bekennt sich zwar auch dafür, daß der Textilarbeiterschaft der Achtstundentag und somit auch die 46stündige Arbeitswoche erhalten bleibe, aber dieses Bekenntnis des christlichen Textilarbeiterverbandes ist nur als ein Lippenbekenntnis zu bewerten. Wenn es ihm wirklich darum Ernst wäre, daß der Textilarbeiterschaft unter allen Umständen die 46stündige Arbeitszeit erhalten bleiben müsse, dann hätte der christliche Textilarbeiterverband in der Bewegung in M.-Gladbach eine andere Stellung einnehmen müssen. Gewiß, der Vorsitzende des christlichen Textilarbeiterverbandes, Herr Otte, hat offen ausgesprochen, daß er es wünsche, daß in M.-Gladbach die 46stündige Arbeitswoche durchgeführt werde. Leider hat aber dann bei der Durchführung des Kampfes um die 46stündige Arbeitswoche dort die christliche Textilarbeiterschaft verjagt; verjagt jedenfalls auf Anweisung der Drahtzieher des christlichen Textilarbeiterverbandes. Aus den ganzen Rechtfertigungsartikeln, die die „Textilarbeiterzeitung“ über die Beendigung des Streiks im M.-Gladbacher Industriebezirk veröffentlicht, geht ohne weiteres hervor, daß die Leitung des christlichen Textilarbeiterverbandes der Arbeiterschaft dort abgeraten hat, den Kampf auch um die 46stündige Arbeitswoche durchzuführen. Die Durchführung dieses Kampfes scheiterte an der Arbeitslosigkeit des christlichen Textilarbeiterverbandes, der nicht imstande ist, die Interessen der Textilarbeiter wirksam zu vertreten. Damit ist festgestellt, daß für das wirtschaftliche Ringen um die Erhaltung der 46stündigen Arbeitswoche lediglich der Deutsche Textilarbeiterverband in Frage kommt. Die Textilarbeiterschaft wird deshalb die marktchreierische Agitation des christlichen Textilarbeiterverbandes gegen unsere Organisation auf ihren inneren „Wert“ richtig zu beurteilen vermögen. — Ein weiteres Beispiel dafür, wie die Christen zu dem Achtstundentag stehen, liefert der bayerische Minister Oswald, der gleichzeitig christlicher Gewerkschaftsführer ist. Das „Korrespondenzblatt“ des A.D.G.B. veröffentlicht in Nr. 5 folgenden Beitrag:

### Durchführung des Achtstundentages durch das bayerische Sozialministerium.

Die Firma Metzbacher u. Schulhöfer, Wäschekonfektion in Nürnberg, hat unter Freilassung des Samstags, um Geschäftskosten zu ersparen, die 48 Arbeitsstunden auf die ersten 5 Arbeitstage verteilt, wodurch eine tägliche Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden geleistet werden mußte. Gegen die Durchführung des Achtstundentages hat die Nürnberger Filiale des Verbandes der Bekleidungsarbeiter Beschwerde beim Gewerbeamt erhoben. Die Beschwerde wurde aber mit der Begründung abgelehnt, daß auf Grund einer Ministerialentscheidung vom 12. Oktober 1920 gegen die Ueberfremdung des Achtstundentages vom Gewerbeamt nicht eingeschritten werden könne. Die Ministerialentscheidung hat folgenden Wortlaut:

Die rein buchstäbliche Auffassung des Wortes „Verfürgung“ in Ziffer 2 der Anordnung vom 28. November 1918 betr. die Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter („Reichsgesetzblatt“ 1918) würde zu drastischem Widerstand führen.

Die Verteilung der an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage ausfallenden Arbeitsstunden auf die übrigen Werktage wäre zulässig, wenn auch nur während des Bruchteils einer Stunde am Samstag gearbeitet würde, sonst aber nicht. Daraus folgt, daß das Wort „Verfürgung“ nicht buchstäblich aufzufassen ist, sondern daß in Satz 2 der Ziffer 2 der angeführten Verordnung der Verteilung der Samstagsarbeit überhaupt auf die anderen Tage Spielraum geschaffen werden sollte.

Hiernach sind die Gewerbeämter anzuweisen, in Fällen, in denen unter Freilassung des Samstags die 48 Wochenarbeitsstunden auf die ersten fünf Wochentage verteilt sind, bis auf weiteres von einer Beanstandung dieser Regelung abzusehen.

Die Bestimmung in der Verordnung der Volksbeauftragten, auf die Herr Minister Oswald seine Verordnung stützt, lautet folgendermaßen:

Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen darf die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten. Wenn in Ab-